

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter

Das Wilsdruffer Tageblatt erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis monatlich 2,- RM. In den Haus- und Postbestellungen 1,50 RM. Zusätzl. Erhebungs- und Anzeigennummern 10 Kops. Alle Postämter, Postträger und Geschäftsstellen nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, welche die Abgabe des Blattes verhindert, besteht kein Anspruch auf Verlangung der Zeitung oder Abrechnung des Bezugspreises. — Abrechnung eingekauftes Exemplar erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Anzeigenpreis: die 4spaltige Normzeile 20 Kops., die 6spaltige Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichspfennige, die 8spaltige Normzeile im textlichen Teil 1 RMk. Nachverdingungsgeld 20 Reichspfennige. Wort- und Bildanzeigen werden nach Maßgabe der Anzeigenpreise berechnet. Die Anzeigen werden durch den Verlag durch den Postträger übergeben. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meissen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rössen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 131 — 91. Jahrgang Seleg.-Nr.: „Amtsblatt“ Wilsdruff-Dresden Postfach: Dresden 2640 Dienstag, den 7. Juni 1932.

„Kabinett der Außenpolitik.“

In dem „Wirbel“ der deutschen Innenpolitik während der vergangenen Woche blieben nur einige kurze Seitenblicke auf das möglich, was sich jenseits der deutschen Grenze abspielte. Was vor allem in Frankreich geschah, wo die Ergebnisse der politischen Wahlen am 1. und 8. Mai nun zu parlamentarischen Früchten, also zur Regierungsbildung heranreifen sollten. Zwar ist Herrriot, der eigentliche Sieger im Wahlskampf, nun französischer Ministerpräsident geworden, aber er hat eine wirkliche Mehrheit in der Deputiertenkammer weder mit den Sozialisten noch mit der „rechten Mitte“ bis zu Tardieu hinüber zusammengebracht, sondern er begnügt sich mit einer Minderheit, die nur aus der eigenen Partei und der Painlevés besteht. Und wenn man dieser Regierung eine besondere Bezeichnung geben will, so kann man sie vielleicht das „Kabinett der Außenpolitik“ nennen. Was sich zweifellos auch in der Regierungserklärung Herrriots zum Ausdruck bringt, aber schon in der persönlichen Zusammenfassung des Kabinetts selbst deutlich hervortritt.

Es ist ein nicht bloß parteimäßig einseitiges Ministerium. Gleich ein Blick auf die drei Verteidigungsminister Painlevé, Paul-Boncour und Lyautey zeigt das. Zum mindesten die Namen Boncour und Painlevé, des Kriegs- und des Luftfahrtministers, sind in Deutschland recht genau, aber nicht gerade sehr angenehm bekannt. Denn der jetzige Kriegsminister führte unter oder neben dem früheren Ministerpräsidenten Tardieu die französische Delegation auf der Genfer Abrüstungskonferenz — so nannte man sie wohl! — und ist nach außen hin sozusagen der Träger jenes Begriffs der „Sicherheit“, der jede wirkliche Abrüstung unmöglich macht. Painlevé ist mehr der „Mann der Praxis“ insofern, als er in seiner früheren langjährigen Tätigkeit als Kriegsminister den Bau der gewaltigen Verteidigungslinie an der französischen Ostgrenze durchführte und sich im übrigen auch öfters der Nutzung vieler französischer Minister befleißigte, vor dem heimlich rühmenden, für die „Sicherheit“ Frankreichs überhaupt sehr gefährlichen Deutschland zu „warnen“. Jetzt wird er den Vorschlag in dem „Obersten Rat für die nationale Verteidigung“ führen, er, der ministerielle Leiter zwar der jüngsten, aber der härtesten Waffe Frankreichs. Auch wenn das Kabinett aus „Professoren und Advokaten“ besteht, so befinden sich doch unter ihnen eine ganze Reihe von Männern, die bereits früher Ministerposten inne hatten und dabei, wie z. B. der Kolonialminister Sarraut, Proben eines unzweifelhaften Könnens abgelegt haben.

Unter diesen Umständen werden wir Deutschen von der Regierungserklärung Herrriots kaum etwas anderes erwarten als das, was er seit dem Abschluß der Wahlen oft und immer mit denselben Worten gesagt hat. Mit den Sozialisten allein hat er nicht regieren wollen, wie er es 1924 getan hat, obwohl sich diese Partei bei ihren Beratungen und Beschlüssen in der vergangenen Woche gerade außenpolitisch eine demerksenswerte Zurückhaltung auferlegte. Andererseits dürfte man nun aber von rechts und von der Tardieu-Gruppe aus dem neuen Ministerpräsidenten um so energischer zusehen und ihn möglichst „rechtzeitig“, also vor Beginn der Lausanner Konferenz, noch stärker „festlegen“, als er dies eigentlich schon selbst getan hat.

Die ganze französische Außenpolitik ist ja seit Briand's Scheiden aus seinem Amt in ein paar Formaten erstarrt, an denen offenbar von keiner Seite der irgendwie gerührt werden darf oder soll. Und dabei hat doch die Welt keine Zeit mehr, darauf zu warten, bis auch Frankreich von der Weltkrise genügend müde gemacht worden ist. Daß hier schon heute große Schwierigkeiten bestehen, daß auch das französische Staatsbudget einen recht „problematischen“ Zustand hinterlassen hat und der Finanzminister zum erstenmal seit langen Jahren einen sehr beträchtlichen Kredit bei den Banken aufnehmen mußte, weil die Kassen leer waren, daß man deshalb auch dringende Anleihenwünsche „befeundeter“ Staaten abgelehnt hat, — alles dies wirkt doch nicht so hart, um die bisherige außenpolitische Linie auch des neuen Kabinetts entscheidend nach einer anderen Richtung hin abzubiegen. Dafür wird auch die bevorstehende Kammerdebatte sorgen.

Französisch-belgische Invasionsangst.

Die Verteidigungslinie gegen Deutschland. In einer Unterredung erklärte der belgische Kriegsminister, daß es sich bei den belgischen Verteidigungen in erster Linie darum handelt, die belgischen Armeen von Arlon ab gegen eine Invasion zu sichern. Das bedeutet mit anderen Worten, daß die belgischen Verteidigungslinie in enger Verbindung mit der französischen gebaut werden müsse. Der Minister führte weiter aus, daß das belgische Befestigungssystem an der Maas aus drei Linien bestehen werde, aus einem Befestigungsgürtel am Fluß selbst, aus einer den Forts vorgelagerten Hauptverteidigungslinie und aus einer besetzten Linie an der Grenze.

Neuwahlen zum Reichstag am 31. Juli.

Wahltag der letzte Julisonntag.

Das Reichskabinett hat beschlossen, die Neuwahlen für den Reichstag am Sonntag, den 31. Juli, stattfinden zu lassen.

Bekanntlich muß die Neuwahl der Bestimmung der Verfassung entsprechend, 60 Tage nach der Auflösung stattfinden. Mit der Wahl am 31. Juli hat die Reichsregierung also den letzten möglichen Termin genommen. Sie hat darauf verzichtet, den Wahltag früher zu legen, offenbar deshalb, weil nicht nur die verwaltungsmäßige Vorbereitung eine längere Zeit beansprucht, sondern auch, um den Parteien genügend Vorbereitungszeit zu lassen, wobei wohl auch daran gedacht wurde, daß die unvermeidlichen parteipolitischen Reingruppierungen sehr viel Schwierigkeiten machen werden.

Schäffer Reichsarbeitsminister.

Amtlich wird mitgeteilt: Der Reichspräsident hat auf Vorschlag des Reichstanzlers den Entwurf des Reichsarbeitsministeriums, Hugo Schäffer, zum Reichsarbeitsminister ernannt.

Der neuernannte Reichsarbeitsminister Hugo Schäffer steht im 57. Lebensjahre. Nach dem Studium der Rechts- und Staatswissenschaften stand er vorübergehend im Dienste der Firma Krupp und trat dann im Jahre 1902 in den höheren Verwaltungsdienst in Württemberg ein, wo er von 1909 bis 1916 Regierungs- und Ministerialrat im württembergischen Ministerium des Innern und ab 1916 stellvertretender württembergischer Bundesratsbevollmächtigter und dann Ministerialdirektor und stellvertretender Bevollmächtigter zum Reichsrat war. Während der Jahre 1922 und 1923 leitete er während des Ruhrstreiks bis zur Aufgabe des passiven Widerstandes die Finanzen der Firma Krupp. Im März 1924 wurde er zum Präsidenten des Reichsversicherungsamtes und des Reichsverwaltungsgerichts ernannt. Dieses Amt hatte er bis zum heutigen Tage inne.

Die nächsten Aufgaben der Reichsregierung.

Kabinett von Vapen an der Arbeit.

Das neue Reichskabinett wird in seiner nächsten Sitzung Maßnahmen beschließen, die der neuen Regierung als am vordringlichsten erscheinen. Es handelt sich hierbei um vier politische Aufgaben, die nebeneinander zu lösen sind. An erster Stelle steht die Revision der innenpolitischen Maßnahmen des Kabinetts Brüning, vor allem die Umgestaltung der Notverordnung über das Verbot der S.A.-Abteilungen, um die Aufhebung des Uniformverbotes, die Abänderung der Bestimmungen über die parteipolitischen Versammlungen und Demonstrationen, und um eine Abänderung der Pressezensurverordnung, die etwas gemildert werden soll. Es ist damit zu rechnen, daß spätestens gegen Ende der Woche das Verbot der S.A.- und S.S.-Abteilungen rückgängig gemacht wird.

Die zweite Sorge der neuen Reichsregierung gilt der Kassenlage des Reiches. Im Reichsfinanzministerium sind schon Referentenbesprechungen über die Frage im Gange, welche Maßnahmen ergriffen werden sollen, um im Interesse der Inangangsetzung des Staatsapparates die notwendigen Zahlungen für die nächste Zukunft leisten zu können. An diesen Besprechungen nehmen auch Vertreter des Wirtschafts- und des Arbeitsministeriums teil. In welcher Weise die notwendigen Summen herbeigeschafft werden, ist eine noch offene Frage. Es ist „o. allem noch nicht entschieden, ob etwa ein Teil der von der Regierung Brüning geplanten Steuern in Kraft gesetzt werden sollen, oder ob die fehlenden Gelder auf dem Kreditwege beschafft werden sollen. Die Reichsregierung hat jedenfalls die Absicht, durch weitere erhebliche Sparmaßnahmen und wesentliche Vereinfachung der Verwaltung neue Belastungen nach Möglichkeit zu vermeiden.

Eine weitere sofort zu erledigende Aufgabe ist die Vorbereitung der

Konferenz von Lausanne, die ja Mitte des Monats stattfinden soll, wenn sie nicht doch noch, wie hier und da angenommen wird, im letzten Augenblick abgesagt wird. Der Führer der deutschen Abordnung nach Lausanne wird Reichstanzler v. Vapen sein, wenn es auch noch nicht feststeht, ob er während der ganzen Dauer der Verhandlungen in Lausanne bleiben wird. Mitglieder der deutschen Delegation werden Außenminister v. Neurath, Finanzminister Graf Schwerin-Krosigk, Wirtschaftsminister Professor Dr. Warmbold sowie mehrere Staatssekretäre sein. Die Wiederholt in

letzter Zeit aufgetauchte Nachricht, daß auch der ehemalige Reichsbankpräsident Dr. Schacht der deutschen Delegation angehören wird, will sich nicht bestätigen.

Als letzte dringende Aufgabe wird die Reichsregierung in kurzer Frist eine große Reihe von

sozialpolitischen Maßnahmen durchführen, da die Sozialversicherungen sich in größter Not befinden und ihnen umgehend geholfen werden muß, wenn sie nicht gänzlich zusammenbrechen sollen. Zu diesen sozialpolitischen Maßnahmen gehört auch die Aufstellung eines Arbeitsbeschaffungsprogramms, bei dem das von der Regierung Brüning in Aussicht genommene Siedlungs- u. c. f. sehr wesentlich abgeändert werden wird.

Reichsaußenminister v. Neurath in London

Abschiedsbesuche beim englischen König und Außenminister Sir John Simon.

Der deutsche Reichsaußenminister und frühere Vizekanzler in London, Freiherr von Neurath, stattete dem englischen Außenminister Sir John Simon seinen Abschiedsbesuch ab. Die Unterredung dauerte längere Zeit und gab von Neurath Gelegenheit, Sir John Simon die Lage in Deutschland darzulegen. Gegen Mittag empfing der König Freiherrn von Neurath in Audienz. Danach verließen Reichsaußenminister und seine Gemahlin zum Frühstück in Buckinghampalast.

Freiherr von Neurath über die Aufgaben der deutschen Außenpolitik.

Berlin, 7. Juni. Freiherr v. Neurath gewährte nach einer Meldung Berliner Blätter aus London einem Vertreter des Reutersbüros eine Unterredung. In der er unter anderem erklärte: Es müsse für jeden vordringenden Beobachter klar sein, daß das neue deutsche Kabinett, das sich aus Männern guten Willens und gesunden Menschenverstandes zusammensetzt, die zum größten Teil als Beamte beträchtliche Schulung für ihre jetzigen Posten erhalten hätten, eine Sachregierung darstelle, die eingeseht wurde, um die vielen schwierigen Probleme zu behandeln, denen sich Deutschland gegenüberstehe. Wichtige Konferenzen ständen bevor. Wenn sie Erfolg haben sollen, so müsse die gesamte Frage in einem Geist der Zusammenarbeit zwischen allen auf diesen Konferenzen vertretenen Nationen in Angriff genommen werden. Er sehe mit Interesse dem Zusammentreffen mit den englischen Staatsmännern entgegen, mit denen er durch glückliche Erinnerung gemeinsamer Bemühungen für die Besserung der politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse in Europa verbunden sei.

Borzeilige Landtagseinberufung in Preußen?

In politischen Kreisen rechnet man übrigens damit, daß der Preussische Landtag nicht erst am 22. Juni, sondern schon früher zusammentritt. Diese vorzeitige Landtagseinberufung soll auf Wunsch der Reichsregierung erfolgen, die gerne in Preußen so schnell wie möglich klare Verhältnisse herbeiführen möchte. Der frühere Zusammentritt des Landtages soll vor allem dazu dienen, einen neuen Ministerpräsidenten in Preußen zu wählen. Sollte sich die Unmöglichkeit ergeben, eine neue preussische Regierung zu bilden, so soll die Einsetzung eines Reichskommissars für Preußen möglichst schnell erfolgen.

Eine Erklärung der Regierung Brüning.

An die neue Reichsregierung.

Der Reichstanzler und die übrigen Mitglieder der früheren Reichsregierung veröffentlichen folgende Erklärung: Die neue Reichsregierung hat in ihrer Antrittserklärung schwere Vorwürfe gegen die bisherige Regierung erhoben. Der sachliche Auseinandersetzung vor der Volksvertretung hat sie sich entzogen. Das deutsche Volk wird es darum verstehen, wenn wir auf diesem Wege dem Versuch, die Verantwortlichkeit zu verschieben, entgegenzutreten.

Wohin gehen die Vorwürfe?

Die Finanzen seien erschüttert, die Sozialversicherungen bankrott, die Reformen über schwache Ansätze nicht hinausgeführt und das staatliche Leben nicht an die Armut der Nation angepaßt.

Was ist Wahrheit?

Bei seinem Amtsantritt vor mehr als zwei Jahren fand das Kabinett Dr. Brüning eine gewaltige schwebende Schuld vor. Dazu kam eine Weltwirtschaftskrise, die sich